

Während in Washington Kameras klicken und Diplomaten von „historischen Treffen“ sprechen, fallen im Libanon weiter Bomben. **Karin Leukefeld** seziert von Beirut aus die Inszenierung hinter den Schlagzeilen: viel Symbolik, wenig Frieden. Hinter wohlfeilen Worten über Waffenruhe und Stabilität stehen Machtpolitik, Besatzungspläne und die fortgesetzte Verwüstung eines Landes, dessen Souveränität im Westen offenbar nur zweitrangig ist.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260417-Schein-oder-Sein-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Zur Information:

Während dieser Text am Donnerstag, 16.4.2026, entstand, entwickelten sich politische Ansagen von US-Präsident Donald Trump, über die im Verlauf des Textes berichtet wird. Aktuell heißt es, dass am Donnerstagabend 21:00 GMT (22:00 MEZ und 24:00 Libanon) eine „Waffenruhe im Libanon“ beginnen solle. Für 10 Tage! Und was dann? Dieser Artikel über das libanesisch-israelische Botschaftertreffen in Washington und was das mit dem US-israelischen Krieg gegen Iran zu tun hat, soll Hintergrund in den medialen Nebel bringen, der über dem östlichen Mittelmeer bis zur Persischen Golfregion liegt. Was wirklich geschieht und welche Pläne die Akteure tatsächlich haben, bleibt unklar. Nichts ist gesagt über die Verluste und das Leid der Bevölkerung. Nichts ist gesagt darüber, was die ursprünglichen Bewohner dieser Region anstreben. (kl)

Ein Botschaftertreffen in Washington im Nebel der Medien

Ein Treffen der libanesischen Botschafterin in den USA, Nada Hamadeh Moawad, und des israelischen Botschafters in den USA, Jechiel Leiter, in Washington am vergangenen Dienstag hat medialen Wirbel verursacht. Ort des Treffens war das US-Außenministerium, Gastgeber war US-Außenminister Marco Rubio. Der hatte mit dem Empfang der beiden Diplomaten und der Begrüßung am blumengeschmückten Konferenztisch vor laufenden Kameras für die Bilder gesorgt, die um die Welt gingen. Rubio gratulierte beiden Ländern zu einem „historischen Treffen“, bei dem es um einen Waffenstillstand und die Entwaffnung der Hisbollah gehen sollte.

Bei dieser ersten direkten Begegnung von Botschaftern beider Länder seit 1993 sollte der

Rahmen für ein „Friedensabkommen“ zwischen Libanon und Israel ausgelotet werden, so Rubio. Die libanesische Regierung sprach lediglich von einem „vorläufigen Treffen“. Kultusminister Ghassan Salame erklärte vor Journalisten in Beirut, man strebe eine „Unterbrechung der militärischen Aktivitäten“ an. Israel hatte bereits zuvor klargestellt, „keinem Waffenstillstand zuzustimmen“, berichteten israelische Medien. Premierminister Netanjahu hat wiederholt erklärt, Ziel der israelischen „Militäroperationen“ sei „die Entwaffnung der Hisbollah“. Die libanesische Regierung, die den militärischen Arm der Hisbollah am 2. März für „illegal“ erklärt hatte, verfolge das gleiche Ziel.

Bundeskanzler Friedrich Merz telefonierte mit dem israelischen Premier, um diesen zu „direkten Friedensgesprächen zu ermutigen“. Die „Kampfhandlungen im Süden des Libanon“ sollten beendet werden, teilte Regierungssprecher Stefan Kornelius in Berlin laut der Deutschen Presseagentur *dpa* mit. Die Hisbollah müsse die Waffen niederlegen.

Auch Bundesaußenminister Johann „Jo“ Wadephul griff zum Telefonhörer und rief seinen libanesischen Amtskollegen Youssef „Joe“ Rajji an. Direkte Gespräche zwischen Israel und Libanon seien wichtig für die Zukunft beider Länder, hieß es in der *dpa*-Meldung: „Israels legitime Sicherheitsinteressen & Libanons Recht auf territoriale Integrität & Souveränität“ müssten geachtet werden, so eine Nachricht über *X*, ehemals *Twitter*. Die Angriffe der Hisbollah müssten aufhören und die Bundesregierung „unterstütze die Ausübung des Gewaltmonopols Libanons auf seinem ganzen Territorium & die Entwaffnung der Hisbollah. Zugleich muss die israelische Armee Zivilbevölkerung & zivile Infrastruktur schützen.“

An dieser Stelle sei aus journalistischer Sicht darauf hingewiesen, dass der deutsche Außenminister im Gespräch mit seinem libanesischen (!) Amtskollegen jeweils die Interessen Israels an erster Stelle nennt, nicht die Interessen des Libanon, den der libanesische Außenminister vertritt.

Am Tag der Telefonate von Kanzler und Außenminister meldete das libanesische Gesundheitsministerium, dass Israel seit dem erneuten Beginn des Krieges am 2. März 2026 mehr als 2.124 Personen getötet hat. 6.921 Verletzte wurden registriert. Im südlichen Libanon, in der Bekaa-Ebene und in Teilen von Beirut wurde zivile Infrastruktur durch israelische Luft-, Drohnen- und Angriffe von See zerstört, darunter Wohnhäuser, Krankenhäuser, städtische Infrastruktur, Gesundheitszentren. In Naqoura, der südwestlichsten Stadt des Libanon, wurde das Gebäude der libanesischen Hafenbehörde zerstört. Es ist unklar, ob diese Tatsachen in den jeweiligen Gesprächen eine Rolle spielten.

Mehr Schein als Sein

Konkrete Ergebnisse des Botschaftertreffens wurden nicht bekannt. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sprach von einem „historischen Meilenstein“, die USA werde weitere Gespräche unterstützen. Washington unterstütze die Pläne der libanesischen Regierung, das Gewaltmonopol gegen die Hisbollah durchzusetzen und den „herrschenden Einfluss des Iran zu beenden“. Israel habe das Recht, sich gegen die Angriffe der Hisbollah zu verteidigen. Sollten Libanon und Israel sich einigen, könne Libanon mit „bedeutender Wiederaufbauhilfe und wirtschaftlicher Erholung“ rechnen, so das US-Außenministerium. Investitionsmöglichkeiten würden beide Länder umfassen.

Aus der Nähe betrachtet scheint es mehr „Schein als Sein“ hinter den Schlagzeilen über das Botschaftertreffen zu geben. „Hauptsache ein Foto“, kommentieren Gesprächspartner in Beirut. Und Parlamentssprecher Nabih Berri meint: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“.

Hintergrund ist der US-israelische Krieg gegen Iran

Das Treffen in Washington kam auf Druck der US-Administration zustande. Hintergrund ist der US-israelische Krieg gegen Iran, der am 8. April durch die Vermittlung einer Waffenruhe durch Pakistan, Saudi-Arabien, Ägypten und die Türkei für zwei Wochen ausgesetzt wurde. Für die bilateralen Gespräche zwischen USA und Iran waren zuvor Forderungen von beiden Seiten aufgelistet worden. Der Iran hatte auch einen „umfassenden Waffenstillstand in der Region, einschließlich Libanon, Jemen und Gaza“ gefordert, dem nach Auskunft des Vermittlers Pakistan von den USA nicht widersprochen worden war.

Israel ist weder mit der Waffenruhe noch den iranischen Forderungen nach „umfassendem Waffenstillstand in der Region“ einverstanden und sieht das US-EU-NATO-Projekt des „Größeren Mittleren Ostens“ und „Groß-Israel“ dadurch gefährdet. Nur wenige Stunden nach Beginn der Waffenruhe am 8. April startete Israel um die Mittagszeit eine massive, blitzartige Angriffswelle auf den Libanon einschließlich der Hauptstadt Beirut. Rettungshelfer und das libanesisches Gesundheitsministerium meldeten am Abend des Tages bis zu 350 Tote, darunter viele Kinder, Frauen und ältere Menschen. Die Kritik an Israel nahm international zu, die USA mussten handeln. Seit dem Tag ist zumindest Beirut nicht mehr von israelischen Angriffen betroffen.

Um bei den Gesprächen mit dem Iran weiterzukommen, sahen sich die USA gezwungen, Israel „etwas zu liefern“ und drängten auf das Botschaftertreffen von Libanon und Israel in Washington mit dem Ziel, Libanon zu Zugeständnissen zu drängen und von Israel die Zustimmung zu einer Waffenruhe zu bekommen.

US-Präsident Trump verkündet zehn Tage Waffenruhe für Libanon

Israelische Medien (*Haaretz*) berichten am Donnerstag über eine einwöchige Waffenruhe, über die schon am Mittwochabend die israelische Regierung debattiert habe. Gleichzeitig wird der israelische Premierminister Netanjahu mit der Ansage zitiert, er habe die Armee angewiesen, die Angriffe auf die Hisbollah weiter zu verschärfen. US-Präsident Donald Trump meldete sich über seinen sozialen Medienkanal zu Wort mit der Ansage, „die (politischen) Führer von Israel und Libanon“ würden am Donnerstag miteinander sprechen. Seitens der Regierung in Beirut hieß es dazu, man sei nicht über irgendeinen bevorstehenden Kontakt informiert. Am Abend wurde bekannt, dass US-Präsident Trump mit dem libanesischen Präsidenten Joseph Aoun telefoniert habe. Dieser habe gedrängt, dass die USA Druck auf Israel ausüben müsse, die Angriffe gegen Libanon einzustellen. Ali Rizk, Analyst für Politik und Sicherheitsfragen in Beirut, sagt im katarischen Nachrichtensender *Al Jazeera*, es werde deutlich, dass die Trump-Administration wenig Erfahrung mit der Region habe.

Wenig später wird bekannt, Donald Trump habe in einer Art telefonischer „Shuttle-Diplomatie“ mit Joseph Aoun in Beirut und Benjamin Netanjahu in Tel Aviv eine zehntägige Waffenruhe durchgesetzt. „Waffenruhe im Libanon soll am Donnerstag um 21:00 Uhr MEZ beginnen“, lautet die Schlagzeile beim katarischen Nachrichtensender *Al Jazeera*. Die israelischen Luftangriffe auf Ziele im Süden des Libanon hätten sich derweil massiv verdichtet, berichtet ein Reporter aus Tyros. Innerhalb einer Stunde seien mindestens 60 Bombeneinschläge entlang der Küste zwischen Tyros und Naqoura gezählt worden. Die Bevölkerung hoffe auf eine Waffenruhe, doch bis dahin könnten noch mehr israelische Angriffe das Land verwüsten. Und was wird nach 10 Tagen sein?

Misstrauen bleibt

Laut Umfragen vertraut mehr als die Hälfte der libanesischen Bevölkerung – ungeachtet ihrer Haltung zu Hisbollah – Israel nicht und lehnt daher die Gespräche in Washington und Verhandlungen mit Israel ab. Vor dem Parlament in Beirut hatten zu Wochenbeginn lautstarke Proteste gegen Gespräche mit Israel stattgefunden. Libanesen, die als Flüchtlinge in Notunterkünften Zuflucht vor den Angriffen Israels gefunden haben, erklärten Journalisten, wenn es überhaupt Verhandlungen geben sollte, wollten sie durch die Hisbollah vertreten werden.

Die Hisbollah war bei den Washingtoner Gesprächen nicht dabei. Generalsekretär Naim Kassem bezeichnete am Vorabend des Washington-Treffens ein Treffen als „sinnlos“, zumal Israel seine Angriffe auf den Libanon verstärkte. Der militärische Widerstand der Hisbollah

gegen den israelischen Vormarsch im Süden des Landes geht weiter.

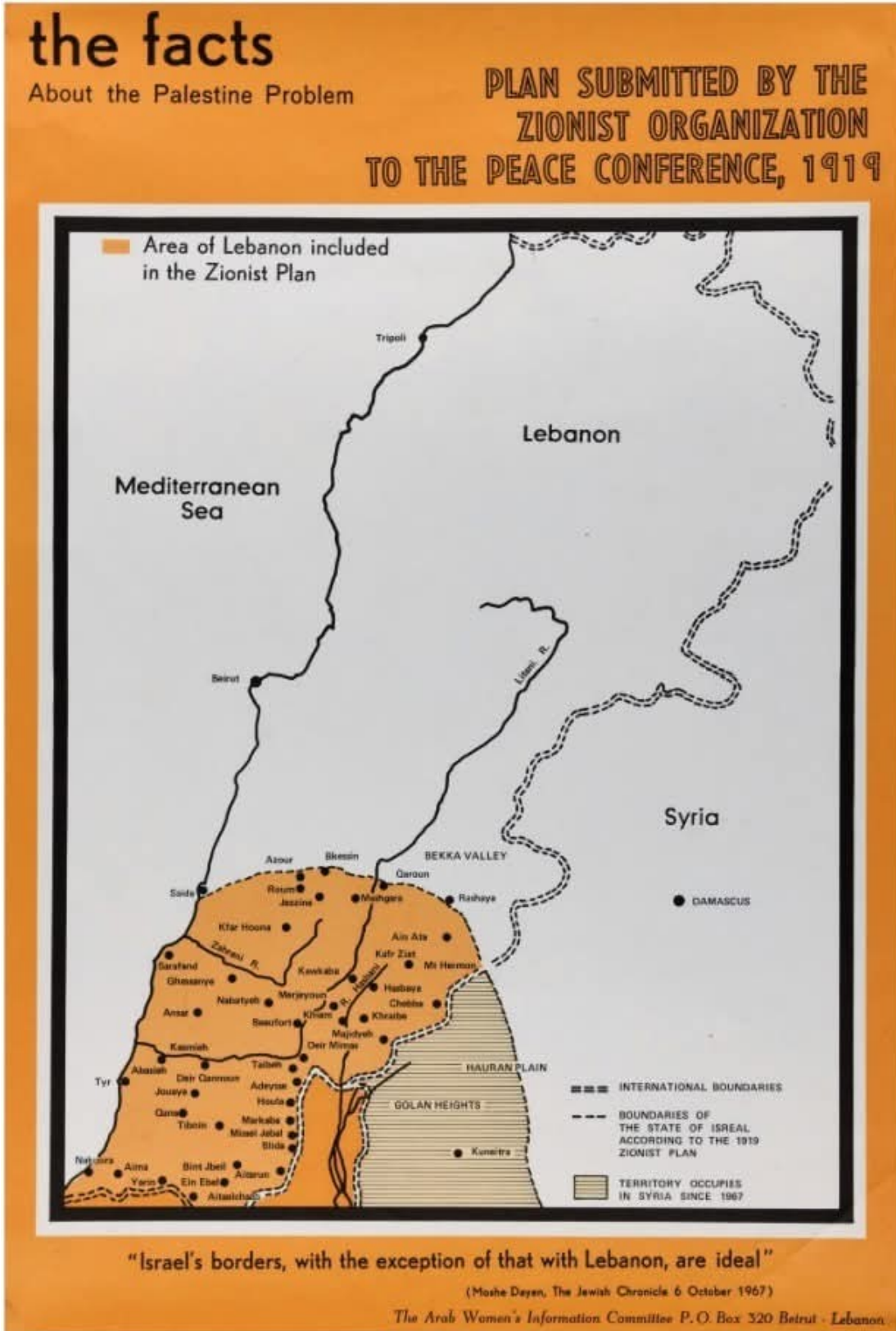
Der israelische Minister für Strategische Angelegenheiten, Ron Dermer, hat nach Berichten libanesischer Medien – die sich auf westliche Diplomaten berufen – bereits einen Plan für die geplante Besetzung des südlichen Libanons ausgearbeitet. Das Gebiet soll demnach in drei Zonen eingeteilt werden. Ein acht Kilometer breiter Streifen entlang der „Blauen Linie“ soll eine „Pufferzone“ werden. Südlich des Flusses Litani will die israelische Armee militärisch freie Hand haben, um Hisbollah-Struktur zu zerstören. Ein Rückzug der israelischen Armee werde erst dann folgen, wenn die „Operationen“ als beendet bezeichnet werden. Das Gebiet nördlich des Litani – sozusagen der „Rest“ des Libanon – soll von der libanesischen Armee kontrolliert werden mit dem Auftrag, die Hisbollah komplett zu entwaffnen. Das sei die Voraussetzung dafür, dass Israel sich aus dem Libanon zurückziehe, heißt es. Im Übrigen soll für die israelische Armee „grünes Licht“ für Angriffe im ganzen Land gelten, sobald sie eine Gefahr „für die Sicherheit Israels“ entdeckt haben. Beweise dafür müssen – wie seit der „Waffenruhe“ 2024 – nicht vorgelegt werden.

Der Libanon und Israel sind im Kriegszustand

Das steht in der libanesischen Verfassung. Der Grund sind die zahlreichen militärischen Angriffe Israels auf das nördliche Nachbarland. Aktuell hat die israelische Armee erneut Teile der „Blauen Linie“, der von den UNO-Friedenstruppen UNIFIL kontrollierten Waffenstillstandslinie zwischen beiden Ländern, durchbrochen, israelische Einheiten sind mehrere Kilometer auf libanesisches Territorium vorgedrungen. Das ist – wie die fortlaufenden Angriffe auf zivile Infrastruktur – ein Bruch des internationalen Rechts. Doch Libanon ist machtlos gegenüber der israelischen militärischen Gewalt. Die libanesischen Armee war von der Regierung in Beirut angewiesen worden, sich zurückzuziehen. Ohnehin verfügt die Armee nicht über die notwendigen Waffen, um den Gegner abzuschrecken, aufzuhalten oder zurückzudrängen. Die einzige Kraft, die die Souveränität und territoriale Integrität des Libanon auch militärisch verteidigt, ist die Hisbollah. Unterstützt wird sie vom Iran, der bei den Verhandlungen mit den USA zur Beendigung des US-israelischen Krieges gegen Iran einen „Waffenstillstand für Libanon, Jemen und Gaza“ fordert. Doch Israel hat andere Pläne.

Alte Pläne werden neu aufgelegt

Schon 1919 legte die Zionistische Nationalbewegung auf der Pariser Friedenskonferenz Karten vor, auf denen ihr Staat, den sie in Palästina gründen wollten, skizziert war. Vom Libanon wollten sie schon damals den gesamten Süden zwischen der Hafenstadt Sidon und dem Berg Hermon, arabisch „Jbeil Sheikh“, ihr „Eigen“ nennen.



Es folgten militärische Invasionen zionistischer Milizen in den Libanon 1947, der israelischen Streitkräfte 1948, 1967, 1978, 1982, 2006, 2024. Im April 2026 dringen israelische Truppen über die „Blaue Linie“ in den südlichen Libanon ein, verwüsten Dörfer, Städte, Felder, Plantagen, vertreiben und töten die ursprünglichen Bewohner des Landes. Teile des Libanon, einschließlich der südlichen Vororte von Beirut, würden dann aussehen wie Rafah und Beit Hanoun im Gazastreifen, drohten die israelischen Minister Smotrich und Katz. Die 1919 in Paris vorgelegte Karte der Zionisten wurde kürzlich von der israelischen Armee verbreitet. Es war die Warnung an den Libanon, den gesamten Süden des Landes zu besetzen.

Titelbild: hapelinium/shutterstock.com